



Hendrik Hagedorn, Doktorand, Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

SECHS FRAGEN AN HENDRIK HAGEDORN

»Investitionsprogramme führen meist nicht zu zusätzlichen Investitionen«

1. Herr Hagedorn, wie hat sich das Wohnungsbauvolumen in den letzten Jahren entwickelt? Durch die krisenhafte Entwicklung im Euroraum gab es große Anreize für Unternehmer und auch Hauseigentümer, in Wohnraum zu investieren. Im Jahr 2011 hatten wir eine Steigerungsrate von real fünf Prozent. Das ist schon sehr viel. In den Jahren 2012 und 2013 hat sich das dann etwas normalisiert, aber das Niveau der Wohnungsbautätigkeit ist nach wie vor hoch.
2. Rechnen Sie wieder mit einer Steigerung des Wohnungsbauvolumens? In realer Rechnung erwarten wir für dieses Jahr eine Steigerung des Wohnungsbauvolumens um circa 1,2 Prozent. Für das nächste Jahr erwarten wir Steigerungen von über vier Prozent. Wenn man die Preissteigerungsrate dazu rechnet, dann sind wir im nächsten Jahr bei knapp sieben Prozent.
3. In welchen Bereichen läuft es besonders gut? In diesem Jahr wird das Ausbaugewerbe noch stärker wachsen als das Bauhauptgewerbe, im nächsten Jahr wird sich das allerdings umkehren. Das liegt dann daran, dass der öffentliche Bau sich stark erholt. Auch der Wohnungsneubau ist nach wie vor eine Stütze der Wohnungsbaukonjunktur.
4. In den aktuellen Koalitionsverhandlungen wird auch über eine Erhöhung der Investitionstätigkeit in Deutschland diskutiert. In welchen Bereichen der Bauwirtschaft bedarf es zusätzlicher Investitionen? Was die Verkehrsinfrastruktur angeht, haben wir mit Sicherheit einen hohen Investitionsnachholbedarf. Da kommt es an gewissen Stellen heute schon zu Engpässen, gerade was den Güterverkehr auf der Schiene betrifft. Darüber hinaus besteht ein erheblicher Bedarf bei der Erneuerung und dem Ersatz der öffentlichen Infrastruktur. Ich rede hier über kommunale Verkehrswege, aber auch über Bundesfernstraßen. Das DIW hat ausgerechnet, dass allein um den Ersatzbedarf zu decken, jedes Jahr 6,5 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen

nötig wären, um in etwa den Zustand der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur zu erhalten. Auch im Bereich der Gebäudesanierung wird ein erheblicher Investitionsbedarf diagnostiziert. Der bemisst sich vor allem an dem politischen Ziel, eine Sanierungsrate von ungefähr zwei Prozent zu erreichen. Allerdings ist diese Zahl insofern mit Vorsicht zu genießen, als sie bei einer gegenwärtigen Sanierungsrate von 0,8 Prozent in der kurzen Frist kaum erreicht werden kann.

5. Wie beurteilen Sie die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung, die ja immer wieder diskutiert wird? Die Diskussion um steuerliche Förderung verleitet dazu, mit den Sanierungsaktivitäten zu warten. Kein Mensch beginnt größere Sanierungsprojekte, wenn er damit rechnen kann, dass es im nächsten Jahr günstiger wird. Insofern ist von einer öffentlichen Diskussion über diese Thematik eher abzuraten.
6. Inwieweit ist die Bauwirtschaft von solchen Investitionsprogrammen abhängig? Grundsätzlich ist die Bauwirtschaft dankbar, wenn Investitionsprogramme beschlossen werden, aber sie hat dennoch genug Substanz, um auch ohne diese Projekte zurechtzukommen. Darüber hinaus ist nicht unbedingt damit zu rechnen, dass ein derartiges Investitionsprogramm, wenn es jetzt beispielsweise in Höhe von 6,5 Milliarden Euro beschlossen würde, dieselben Umsätze für die Bauwirtschaft generieren würde. Das haben wir bei den Konjunkturprogrammen gesehen. Da wurden, allein für die Bauwirtschaft gerechnet, Investitionen in Höhe von jährlich ungefähr elf Milliarden beschlossen, und der zusätzliche Impuls lag dann zwischen 1,8 und 3,2 Milliarden. Das heißt, eine ganze Menge dieser Gelder wurde im Prinzip für Dinge eingesetzt, die man ohnehin gemacht hätte. Dementsprechend ist hier nur eine Umverteilung der öffentlichen Mittel zu diagnostizieren. Im Prinzip wurden kommunale Haushalte auf Kosten des Bundeshaushaltes saniert, aber wirkliche Mehrausgaben, die für die Bauwirtschaft relevant wären, wurden kaum getätigt.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach
Alexander Eickelpasch
Dr. Franziska Holz
Dr. David Richter

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.